

2 Politische Beteiligung in der Forschung und im Diskurs: eine Sondierung

Dieser Abschnitt beschäftigt sich mit den gesellschaftspolitischen sowie fachtheoretischen Hintergründen der von ihr bearbeiteten Fragestellung. Diese Sondierung umfasst sowohl eine Auseinandersetzung mit empirischen Befunden vorliegender Studien zum Thema politischer Beteiligung und deren Deutungen als auch mit den derzeit im Umfeld von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit stattfindenden Partizipationsdiskursen. Dabei wird zunächst bewusst darauf verzichtet, Begrifflichkeiten wie politisches Handeln oder politische Partizipation durch die Lieferung von Definitionen vorab zu bestimmen, da ein solcher Akt der Eingrenzung die Darstellung der folgenden Debatten zu voreilig in eine spezifische Richtung lenken würde, die deren semantischer Heterogenität letztlich nicht entspreche. Wie im Folgenden noch aufgezeigt wird, sind gerade die Grenzlinien dieses Begriffs innerhalb der Diskurse weitgehend umstritten und reichen von einer engen Begrenzung auf institutionalisierte Beteiligungsformen innerhalb des politisch-parlamentarischen Systems bis hin zu einer nahezu vollständigen Begriffsentgrenzung zugunsten jeglicher Form öffentlicher Aktivität. Die folgende Darstellung empirischer Daten beschränkt sich jedoch auf politische Beteiligungsformen in einem ‚engeren‘ Sinne, d.h. auf die Beteiligung an Wahlen, die formale Mitgliedschaft in politischen Vereinigungen und die Teilnahme an informellen (Protest)Gruppen oder Demonstrationen, sowie sich damit verbindende Fragen nach politischem Interesse, dem Vertrauen in Politiker/innen, politische Institutionen und Demokratie.

2.1 Politische Beteiligung zwischen Krise und Entgrenzung

2.1.1 *Empirische Daten zur politischen Beteiligung in Deutschland*

Allgemein wird im Zusammenhang der empirischen Erfassung politischer Beteiligung der Wahlbeteiligung hohe Aufmerksamkeit geschenkt, was allerdings nicht alleine ihrer Bedeutung für politiknahe Auftragsforschung geschuldet ist. Sie wird deshalb als zentraler Indikator politischer Partizipation angesehen, weil in repräsentativen Demokratien politische Inklusion sich vor allem über den Wahlakt und eine darauf aufbauende Vertretung durch Repräsentanten vollzieht (vgl. Kersting 2004:

405; 2008: 14; Thaa 2009: 65ff) und die Beteiligung an Wahlen in Deutschland aufgrund des Fehlens einer Wahlpflicht auf Freiwilligkeit basiert (vgl. Krack-Rohberg/Weichs 2008: 383). Diesbezüglich lässt sich anhand der Daten des Statistischen Bundesamts sowie internationaler Vergleichsdaten⁵ festhalten, dass Deutschland im internationalen Vergleich eine relativ hohe Wahlbeteiligung aufweist. Während diese in Ländern wie der Schweiz, Großbritannien oder den USA im Durchschnitt der letzten Jahrzehnte zwischen 45-60% lag (vgl. Kersting 2004: 407), behauptete Deutschland bis vor einigen Jahren noch eine Wahlbeteiligung von über 77% (vgl. Statistisches Bundesamt 2008: 94). Auch wenn diese mit 70,8% im Jahr 2009 ihren bisher historischen Tiefstand erreicht hat,⁶ liegt dieser Wert teilweise immer noch deutlich über den Höchstwerten anderer Länder während der letzten Jahrzehnte (vgl. Bellamy 2008: 4; www.idea.int). Dennoch hat sich die Zahl der Nichtwähler bei Bundestagswahlen im Zeitraum von 1980 bis 2005 von 10,9 auf 22,3% verdoppelt (vgl. Vester 2006a: 16; Schäfer 2008) und bis 2009 auf 29,2% fast verdreifacht. Darüber hinaus hat die Wahlbeteiligung an Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen noch weitaus deutlicher abgenommen (vgl. Nullmeier 2006: 325f; Kersting 2004: 408; Statistisches Bundesamt 2009: 97ff). Auffällig ist dabei auch, dass sich die Nichtwahl zunehmend auch auf Stammwählerschaften ausweitete (vgl. Kersting 2004: 412), was gerade in den massiven, zeitweise zweistelligen Stimmverlusten der großen Volksparteien während der letzten Jahre deutlich wird (vgl. Vester 2008: 86; Bruns 2009: 4f).

Ein weiterer Indikator stellt die Mitgliedschaft in politischen Vereinigungen dar. Der Grad, zu dem sich Bürger/innen in Interessengruppen oder Parteien organisieren, wird deshalb als bedeutsam angesehen, weil zum einen die Mitgliedschaft freiwillig ist (vgl. Weißels 2008: 393) und zum zweiten entsprechende Vereinigungen eine wichtige Rolle bei der politischen Willensbildung (vgl. Krack-Rohberg/Weichs 2008: 387) zugeschrieben wird. Bei den Parteimitgliedschaften lässt sich ein allgemeiner Rückgang feststellen, der sich seit Mitte der 1970er in weitgehend allen westlichen Demokratien abzeichnet (vgl. Putnam et al 2000: 17f). In Deutschland führte dieser Prozess vor allem seit den 1990er Jahren zu einem massiven Abfall der Parteimitgliedschaften (vgl. Niedermayer 2011: 2; Nullmeier 2006: 325).⁷ Auch die Gewerkschaften verzeichnen seit Jahren einen deutlichen Mitgliederrückgang. Waren 1990 noch 3,8% der Bevölkerung Mitglied einer Gewerkschaft, waren es 2007

5 Für einen internationalen Überblick vgl. www.idea.int.

6 Vgl. www.bundeswahlleiter.de. Berücksichtigt man, dass ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund kein Wahlrecht besitzt und bezieht man die Wahlbeteiligung auf die Gesamtpopulation im wahlfähigen Alter (unabhängig von deren Staatsbürgerschaft), so lag die Wahlbeteiligung in Deutschland bereits im Jahre 2005 bei nur 71,99% (vgl. www.idea.int). Auf die Bedeutung von Indikatoren wie Ethnizität oder Migrationshintergrund kann im Folgenden jedoch nicht weiter eingegangen werden (vgl. dazu u.a. Engels 2007).

7 Lediglich die Grünen konnten zwischen 1990 und 2010, mit einigen Schwankungen, einen Mitgliederzuwachs verzeichnen (vgl. Niedermayer 2011: 2).

nur noch 2,3%, was einem Rückgang von ca. 865.000 Personen entspricht (vgl. Weßels 2008: 395).

Neben diesen eher ‚konventionellen‘ Formen politischer Beteiligung können Bürger/innen allerdings auch weniger institutionalisierte Formen, z.B. die Beteiligung an Demonstrationen, Unterschriftensammlungen, Proteste und Boykotts nutzen, um ihren Interessen Ausdruck zu verleihen. Seit den 1950er Jahren haben sowohl die Akzeptanz als auch die Nutzung solcher Optionen allgemein zugenommen und können inzwischen zum normalen Repertoire westlicher Demokratien gezählt werden (vgl. Kaase 2003; Weßels 2008: 392; Gaiser/de Rijke 2010: 49). Auf Grundlage der Datenlage des ALLBUS (1988-2004) kann aufgezeigt werden, dass die Nutzung alternativer Formen politischer Beteiligung im Gegensatz zu konventionellen in den 1990er Jahren relativ stabil geblieben ist und zu Beginn des 21. Jahrhunderts sogar ansteigt.⁸ Gaben in den 1990ern im Schnitt ca. 20% der Befragten an, bereits an einer Demonstration teilgenommen zu haben, und ca. 40 - 50%, sich bereits an einer Unterschriftensammlung beteiligt zu haben, stiegen diese Zahlen bis 2002 auf 30% und über 50% an (vgl. Weßels 2008: 392).

Gegenüber dieser Zunahme und Dynamik alternativer Formen politischen Handelns ist allerdings die Häufigkeit, mit der sich Bürger/innen politisch betätigen, konstant geblieben. Zwischen 1998 und 2004 gaben zwischen 5% und 7% der Befragten an, mindestens einmal im Monat (egal in welcher Form) politisch aktiv zu sein (vgl. ebd.). Insofern darf die gestiegene Akzeptanz und Erfahrung in der Bevölkerung hinsichtlich nicht institutioneller politischer Praxen bzw. Protestformen nicht darüber hinwegtäuschen (und dies gilt gerade vor dem Hintergrund, der Konjunktur, die politische Proteste im Kontext von Stuttgart 21 oder der Occupy-Bewegung aktuell erfahren), dass allgemein nichtelektorale Beteiligungsformen lediglich von einer Minderheit der Bevölkerung und lediglich elektorale Formen (wenn auch in abnehmenden Maße) regelmäßig von einer gesellschaftlichen Mehrheit genutzt werden (vgl. Steinbrecher 2009: 286f; Böhnke 2011: 18f).

In vielen einschlägigen Publikationen werden ebenfalls Indikatoren herangezogen, die Aufschluss über die politische Zufriedenheit und über das Interesse von Bürger/innen an politischen Fragestellungen erfassen sollen. Während Zufriedenheitswerte unter anderem als Gradmesser für die Unterstützung politischer Systeme sowie für Demokratie als Staatsform herangezogen werden (vgl. Fuchs/Roller 2008: 397; Ingelhardt 1999; Norris 1999; Putnam et al 2000), wird insbesondere politisches Interesse als Indikator dafür angesehen, inwieweit Bürger/innen das politische Geschehen überhaupt registrieren (vgl. Weßels 2008: 391), was als Voraussetzung einer *bewussten Teilnahme* angesehen werden kann. Hinsichtlich der Zufrieden-

8 Eine besondere Prominenz haben diese Formen gerade angesichts einer erneuten Zunahme von Protestbewegungen während der letzten Jahre erhalten (vgl. u.a. Vester 2011: 79f; Hafeneeger 2012). Zur allgemeinen Entwicklung von Protesten in Deutschland sowie innerhalb neuer sozialer Bewegungen vgl. Rucht (2006) und Geißel/Thillmann (2006).

heit gegenüber Politiker/innen, Parteien und politischen Institutionen zeichnet sich international die Tendenz eines steigenden Misstrauens gegenüber Politiker/innen und Regierungen (vgl. Putnam et al 2000: 14f; Schäfer 2009: 173) ab, bei parallelem Rückgang der Identifikation mit Parteien. Gleichzeitig nimmt auch das Vertrauen in die Arbeit der Parlamente ab (vgl. Putnam et al 2000: 19). Bei dieser Entwicklung handelt es sich nicht nur um ein vorübergehendes Phänomen. Bereits vor über Zehn Jahren wurde dieses zunehmende Misstrauen als ein dauerhafter Bestandteil demokratischer Systeme diskutiert (vgl. Dalton 1999: 68). Demgegenüber fällt die grundsätzliche Zustimmung zur Demokratie jedoch allgemein positiv aus (vgl. Neugebauer 2007: 89; Fuchs/Roller 2008: 397). Die Zufriedenheit mit deren Umsetzung ist jedoch eher gering und hat deutlich nachgelassen (vgl. Scheuer 2005: 8ff; Fuchs/Roller 2008: 401). Im Hinblick auf das Interesse an Politik kann auf Basis der Datenerhebung im Rahmen des ALLBUS-Surveys festgehalten werden, dass dieses in Deutschland insbesondere im Zeitverlauf seit Ende der 1980er Jahre beständigen Schwankungen ausgesetzt war. Demnach lag die Zahl der stark oder sehr stark politisch Interessierten in diesem Zeitraum kurz vor der deutschen Wiedervereinigung am höchsten (ca. 38%). Deren Zahl hatte jedoch nach der Vereinigung deutlich nachgelassen und war Mitte der 1990er Jahre nahezu auf das Niveau der frühen 1980er Jahre zurückgefallen (ca. 27%). Das politische Interesse stieg danach bis zum Jahr 2002 wieder auf fast 35% an, sank seit 2004 wieder auf unter 30% ab. Damit liegt der Grad politisch interessierter Personen von durchschnittlich 30% zwar deutlich über dem Niveau von 1969 (18%). Dennoch zeichnet sich nicht nur im zeitlichen Verlauf der letzten Jahre eine erneute Abnahme politischen Interesses ab (vgl. Weißels 2008: 391f). Die genannten Zahlen verdeutlichen zugleich, dass sich die weitgehende Mehrheit der Befragten zu keinem der besagten Zeitpunkte als politisch interessiert bezeichnet hat.

Die soeben aufgezeigten Entwicklungen lassen sich auch entlang sozialer Indikatoren wie Geschlecht, Schicht oder Alter differenziert darstellen. Fragt man nach geschlechtsspezifischen Unterschieden, so lässt sich feststellen, dass sich hinsichtlich der Wahlbeteiligung keine nennenswerten Unterschiede feststellen lassen (vgl. Heß-Meining 2005: 359; Krack-Rohberg/Weichs 2008: 383).⁹ Auch zeigen sich im Falle nicht-institutionalisierter politischer Handlungsformen zwischen Frauen und Männern nur geringfügige Differenzen (vgl. Steinbrecher 2009: 59). Hinsichtlich der Parteimitgliedschaften sowie des Innehabens politischer Ämter und Mandate hat sich der Anteil weiblicher Parteimitglieder und Mandatsträger zwar deutlich erhöht. Dennoch Männer sind klar überdurchschnittlich vertreten und Frauen bleiben in vielen Bereichen der institutionalisierten politischen Interessenvertretung unterre-

9 Demnach lag der Unterschied zwischen Männern und Frauen bei der letzten Bundestagswahl hinsichtlich ihrer Wahlbeteiligung gerade bei 0,4% (vgl. Namislo et al 2006: 225). Da dieser Wert im Jahr 1990 noch bei 1,3% lag, kommt es an dieser Stelle offensichtlich zu einer kontinuierlichen Angleichung (vgl. Heß-Meining 2005: 367).

präsentiert (vgl. Heß-Meining 2005: 369; Krack-Rohberg/Weichs 2008: 383; Niedermayer 2011: 16f). Gleichzeitig lässt sich auch hinsichtlich des politischen Interesses feststellen, dass dieses bei Männern deutlich höher ausfällt (vgl. Heß-Meining 2005: 384).¹⁰

Hinsichtlich der Bedeutung sozialer Schichtzugehörigkeit gestaltet sich das Treffen von Aussagen schwieriger, da entsprechende Indikatoren gerade in öffentlichen Statistiken nicht erhoben werden; durchaus aus guten Gründen, z.B. wegen forschungsethischer Bedenken hinsichtlich negativer Effekte auf die Interessenvertretung bestimmter Gruppen.¹¹ Dennoch lassen sich anhand vorliegender Forschungspublikationen anhand der oben aufgeführten Indikatoren einige Aufschlüsse hinsichtlich der Bedeutung sozialstruktureller Ungleichheit liefern.¹² Medial für Aufsehen gesorgt hat in diesem Kontext insbesondere eine seitens der Friedrich Ebert-Stiftung in Auftrag gegebene Studie zur Lage der politischen Milieus in Deutschland (vgl. FES 2006; Neugebauer 2007), wobei gerade die Kategorisierung des so genannten ‚abgehängten Prekariats‘ diesbezüglich für Diskussionen sorgte. Dieser im unteren Drittel einer ‚Drei-Drittel-Gesellschaft‘ verorteten Kategorie wird bescheinigt, dass ihr Politikinteresse sowie ihr politisches Kommunikations- und Teilhabeverhalten unterdurchschnittlich ausgeprägt ist, sie eine große Distanz zu Politiker/innen besitzt, Demokratie seltener als beste Regierungsform bezeichnet und nicht zuletzt den höchsten Nichtwähleranteil bei der letzten Bundestagswahl sowie deutliche Präferenzen für linke bzw. rechte Randparteien (vgl. Neugebauer 2007: 82ff) aufweist. Missverständlich ist an dieser Darstellung, dass es sich bei dem

10 Gemäß der Daten des ALLBUS 2002 waren 14,8 % der Männer jedoch nur 6% der Frauen sehr stark an Politik interessiert, wohingegen der Anteil der überhaupt nicht politisch interessierten Männer mit 4,9% deutlich unter dem ebenfalls mehr als doppelt so hohen Wert der Frauen (10,9%) lag (Heß-Meining 2005: 384). Kritikerinnen wenden allerdings ein, dass die unspezifische Frage nach Politik dazu führt, dass entsprechende Erhebungen möglicherweise das Interesse von Frauen an sozialen und politischen Fragen nicht angemessen erfassen (vgl. ebd.). Westle hat an dieser Stelle jedoch zu Recht angemerkt, dass man auf diese Weise zwar feststellen kann, dass Frauen sich sehr wohl für soziale oder ökologische Fragestellungen interessieren, deren gleichzeitige Verneinung eines politischen Interesses jedoch darauf hindeutet, dass sie für diese scheinbar jedoch keine politische Lösung anstreben (vgl. auch Westle 2006: 219).

11 Dieses Problem tritt insbesondere in einer durch die Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebenen Studie zur Reformbereitschaft in Deutschland zutage (vgl. FES 2006; Neugebauer 2007), deren Ziel letztlich auch in der Klassifizierung von Wählergruppen gemäß ihrer ‚Lukrativität‘ lag. Dabei wurde gerade mit den Charakteristika „niedrigem gesellschaftlichem Status“, „gesellschaftlichem Abstieg“, „einfacher Schulbildung“, „Arbeitslosigkeit“, „niedrigem Einkommen“ und „Schulden“ assoziierten Gruppe des „abgehängten Prekariats“ im Rahmen der Veröffentlichung der vorläufigen Studienergebnisse ein äußerst niedriges „SPD-Potential“ (FES 2006: 92) bescheinigt, welches nur noch von klassischen CDU-Stammwählergruppen unterboten werden konnte.

12 Mit einem gänzlichen Verzicht einer Darstellung des Verhältnisses sozialer Ungleichheit zu politischer Partizipation, würde das Anliegen eines Schutzes bestimmter Gruppen vor den negativen Auswirkungen der Erfassung ihrer politischen Präferenzen aber ebenfalls missverstanden, da dies betroffene Gruppen auf der einen Seite vielleicht schützen würde, andererseits allerdings dazu beitragen kann, auf diesem Feld existierende Problematiken unthematisiert wirken zu lassen.

„abgehängten Prekariat“ und den weiteren acht klassifizierten Gruppen nicht um soziale, sondern um so genannte *politische Milieus* handeln soll; Kategorien, die letztlich auf einer Einteilung der deutschen Wählerschaft basieren, die vorrangig entlang von Wertkonflikten vorgenommen wurde. Handelt es sich somit bei diesen Gruppen um die Klassifizierung „von politisch Gleichgesinnten“ (vgl. ebd. 22),¹³ wird jedoch zugleich durch deren vermeintliche sozialstrukturelle Einordnung in ein gesellschaftliches oberes Drittel (45%), ein mittleres Drittel (29%) und ein unteres Drittel (26%) (vgl. ebd. 69) suggeriert, dass es sich dabei auch um soziale Milieus bzw. Schichten handelt. Auffällig ist dennoch, dass gerade die politischen Milieus mit einem großen Anteil an Personen mit hohem gesellschaftlichen Status, höherer Bildung und einer guten bis sehr guten finanziellen Situation ein weit höheres politisches Engagement und Interesse sowie höhere Zustimmungs- und Vertrauenswerte zur Demokratie und Politik aufweisen. Politische Milieus mit einem hohen Anteil an Personen mit niedrigerem gesellschaftlichen Status, niedriger Bildung und schlechter bzw. prekärer finanzieller Situation erscheinen demgegenüber eher politisch desinteressiert bzw. distanziert und weisen weniger politisches Engagement und einen weitaus höheren Anteil an Nichtwählern auf (vgl. ebd. 70-84). Trotz der Notwendigkeit, die Ergebnisse dieser Studie aufgrund der aufgezeigten Verzerrungen mit Vorsicht zu genießen, legen diese es dennoch nahe, dass soziale Ungleichheit auf politisches Handeln Einfluss nimmt.

Untermauert wird der Einfluss sozialer Ungleichheit auch durch Alber und Kohler, die in einem internationalen Vergleich die Entwicklung der Wahlbeteiligung entlang der Indikatoren Bildung und Einkommen nachzeichnen (vgl. Alber/Kohler 2008: 14ff). Demzufolge lag in Deutschland zwischen 1998-2005 der Abstand hinsichtlich der Beteiligung an der Bundestagswahl zwischen dem 5. und dem 1. Einkommensfünftel im Durchschnitt bei 12% und zwischen den niedrig und den höher Gebildeten bei 18%.¹⁴ Damit liegt Deutschland zwar deutlich unterhalb der Werte, die man in den USA bei nationalen Hauptwahlen finden kann (Abstand Einkommen: 28%; Bildung: 40%; vgl. u.a. auch Verba et al 1995: 288ff). Auf der anderen Seite liegt Deutschland in beiden Kategorien jedoch deutlich über dem westeuropäischen Durchschnitt (Einkommen: 9%; Bildung: 7%). Somit ist zwar festzuhalten, dass Nichtwählen grundsätzlich nicht als „politische Selbstexklusion der ökonomisch und sozial an den Rand Gerückten“ (Nullmeier 2006: 326) interpretiert werden darf, sondern mittlerweile die Wahlbeteiligung auch in höheren Bildungsschich-

13 Insofern entspricht diese Kategorie viel eher der innerhalb der Hannoveranischen Milieustudien Verwendung findenden Kategorie des *politischen Lagers*, mit welcher gerade aber eine Differenz der politischen Welt zur kulturellen Alltagswelt sozialer Milieus (vgl. Vester et al 2001: 103) verdeutlicht werden soll.

14 Die Daten beziehen sich auf einen anhand der Bundestagswahlen von 1998, 2002 und 2005 ermittelten Durchschnitt. Demnach ergibt sich für Deutschland folgendes Bild der Wahlbeteiligung: Einkommen: 1. Quintil: 81%, 2.-4. Quintil: 89%, 5. Quintil: 93%; Bildung: niedrig: 77%; mittel: 90%, hoch 95%. (vgl. Alber/Kohler 2008: 15).

ten in größerem Umfang zurückgeht (vgl. Kersting 2004: 410). Dennoch machen die oben genannten Zahlen deutlich, dass die Ungleichverteilung von Einkommen und Bildung sehr wohl Unterschiede hinsichtlich der Wahlbeteiligung produziert. Aufgrund überproportionaler Wahlenthaltung in unterprivilegierten und erhöhter Wahlbeteiligung in besser gestellten Bevölkerungsschichten nehmen diese Unterschiede und damit verbundene soziale Verzerrungen bei einer allgemein sinkenden Wahlbeteiligung sogar zu (vgl. Schäfer 2008; 2009: 173). Auch im Hinblick auf die Mitgliedschaft in politischen Vereinigungen sowie der Teilnahme an nicht institutionalisierten politischen Handlungsformen wie Unterschriftensammlungen und Demonstrationen fällt die politische Aktivität von einkommensstarken und über eine höhere Bildung verfügende Personen deutlich höher aus als bei einkommensarmen bzw. Personen mit einem niedrigeren oder fehlenden Bildungsabschluss (vgl. Engels 2007: 31ff). Dabei kommt Armin Schäfer auf Grundlage der Daten des ALLBUS zu dem Ergebnis, dass Wählen in Deutschland noch zu den am wenigsten sozial verzerrten Beteiligungsformen gehört und sich soziale Ungleichheit demgegenüber im Feld nicht institutionalisierter Beteiligungsformen sogar noch stärker bemerkbar macht (vgl. Schäfer 2010: 3f; Böhnke 2011: 19f; Jörke 2011: 16; BMFSFJ 2010: 55; Geißel 2011: 214).¹⁵

Des Weiteren weisen verschiedene Studien darauf hin, dass auch politisches Interesse mit zunehmendem Einkommen und mit zunehmender Bildung ansteigt (vgl. Böhnke 2011: 21; BMFSFJ 2010: 53). Berechnungen auf Basis des SOEP zeigen, dass im Jahr 2005 Personen mit einem Hochschulabschluss zu 54% politisches Interesse bekundeten gegenüber 31% mit niedrigen Schulabschlüssen (mit Hauptschulabschluss sogar nur 23%) (vgl. Engels 2007: 20f). Dieser Abstand entlang des Bildungsgrades ist während des letzten Jahrzehnts recht stabil geblieben und nimmt tendenziell eher zu (vgl. auch BMFSFJ 2010: 53). Aber auch anhand des monatlich verfügbaren Nettoäquivalenzeinkommens lassen sich anhand des SOEP entsprechende Unterschiede nachzeichnen. Während des politische Interesse von wohlhabenden Personen zwischen 1992 und 2006, mit einigen Schwankungen, in etwa bei 40% lag, fiel das politische Interesse von als arm geltenden Personen im gleichen Zeitverlauf kontinuierlich um ca. 20% geringer aus (vgl. Böhnke 2011: 21f). Zugleich lassen sich Einflüsse des Haushaltseinkommens auf die Demokratiezufriedenheit, das Vertrauen in Parteien sowie auf das persönliche Gefühl, Einfluss auf die Regierung üben zu können, dahingehend aufzeigen, dass entsprechende Werte mit wachsendem Einkommen steigen und gerade in den einkommensschwachen Bevölkerungsschichten deutlich niedriger ausfallen (vgl. Schäfer 2009: 175ff).

15 Demnach weist Wählen einen Beteiligungsquotienten von 0,74 auf (je näher der Wert bei 1 liegt, desto sozial gleicher ist die Beteiligungswahrscheinlichkeit, gemessen an den Indikatoren Bildung und Einkommen). Geldspenden weist demgegenüber einen Quotienten von 0,46, die Teilnahme an Unterschriftensammlungen von 0,38, und Demonstrieren von 0,23 auf (vgl. Schäfer 2008).

Im Hinblick auf den Indikator Alter sollen die getroffenen Aussagen auf die für Soziale Arbeit besonders relevante Gruppe der Jugendlichen beschränkt werden.¹⁶ Hinsichtlich der Wahlbeteiligung ist zu verzeichnen, dass die Wahlbeteiligung der unter 30-jährigen generell niedriger als die der Durchschnittsbevölkerung ausfällt (vgl. Hurrelmann et al 2006: 47; Namislo et al 2006: 225; Schneekloth 2002: 106; 2010: 143; Statistisches Bundesamt 2008: 104).¹⁷ Lag die Wahlbeteiligung der unter 30-jährigen im Jahr 1980 noch bei knapp 80%, so erreichte diese 1990 ihren Tiefstand von 67,7% und lag 2005 bei 68,8% (vgl. Namislo et al 2006: 224f). Gleichzeitig hat die Wahlenthaltung unter Erstwählern in den letzten Jahren stärker zugenommen als in anderen Kategorien (vgl. Kersting 2004: 409). Gemäß den Daten des 3. DJI-Jugendsurvey betrug 2003 der Anteil der Mitgliedschaften unter den Befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen (16-29 Jahre) im Hinblick auf Parteien 2% (aktiv 1%) und Gewerkschaften 8% (aktiv 4%) (vgl. Gaiser/de Rijke 2006: 224f; 2010: 39ff). Hinsichtlich der Parteimitgliedschaften kann festgehalten werden, dass hier deutlich die Alterssegmente der 30-60-Jährigen wie auch der über 60-Jährigen das Feld dominieren (vgl. Niedermayer 2009: 16) und gerade das Segment der unter 30-jährigen in allen Parteien, wenn auch in teilweise sehr unterschiedlichem Ausmaß, unterrepräsentiert ist (vgl. Niedermayer 2006: 280; 2011: 36f).¹⁸ Darüber hinaus lässt sich, wie bereits bei der Gesamtbevölkerung, auch ein allgemeiner Rückgang der parteipolitischen Organisation im Zeitverlauf feststellen (vgl. Niedermayer 2006: 275ff).¹⁹

Im Hinblick auf unkonventionelle bzw. nicht institutionalisierte Formen politischer Aktivität ist auffällig, dass es hier traditioneller Weise vor allem jüngere Altersgruppen sind, die sich dieser Formen bedienen (vgl. Weißels 2008: 392f; Steinbrecher 2009: 59).²⁰ Den Ergebnissen des DJI Jugendsurvey 2003 zufolge waren ca.

16 Dabei liegen je nach Studie teilweise sehr unterschiedliche Altersstufen dem Begriff der Jugendlichen zugrunde. Während im DJI-Jugendsurvey unter der Überschrift 'Jugendliche und junge Erwachsene' zwischen den Altersgruppen der 12-15-jährigen und den 16-29-jährigen unterschieden wird (vgl. Gille et al 2006), kategorisieren die Shell-Jugendstudien als Jugendliche die Altersgruppe der 12-25-jährigen (vgl. Hurrelmann/Albert 2006: 30), ohne dabei weitere Differenzierungen vorzunehmen. Soweit im Folgenden nicht gesondert differenziertere Altersgruppen angegeben werden, gelten die aufgeführten Daten für die Gruppe der 12-25-jährigen.

17 Dabei ist nicht völlig auszuschließen, dass diese Differenz nicht nur auf lebensaltersspezifische sondern auch auf kohortenspezifische Faktoren zurückzuführen ist (vgl. Walther 2010: 119).

18 Auch die Bereitschaft, ein politisches Amt zu übernehmen bzw. aktive Parteiarbeit zu leisten, fällt mit 16 bzw. 19% (bei jeweils 2%, die auch tatsächlich eine entsprechende Aktivität an den Tag legen) relativ gering aus. Vergleichsweise hoch erscheint demgegenüber die Bereitschaft zur Teilnahme an einem Streik mit 41%, wobei nur 5% der Befragte bislang tatsächlich an einem Streik teilgenommen haben (vgl. Gaiser/de Rijke 2010: 50).

19 Zu dessen äußerst ungleichen parteipolitischen Verteilung vgl. Niedermayer (2006: 274ff).

20 Dass sich seit Jahren zunehmend auch ältere Altersgruppen unkonventionelle politische Handlungsformen nutzen, hat wohl weniger etwas mit der Annahme zu tun, dass diese Formen nun auch von älteren Menschen neu entdeckt werden, als vielmehr damit, dass zunehmend Menschen in andere Altersgruppen 'aufsteigen', die im Jugendalter diese Formen bereits genutzt haben.

ein Viertel (26%) der befragten 16-29-Jährigen an informellen Gruppen (z.B. Umweltschutzgruppen, Friedensinitiativen, regionale Initiativen) zumindest punktuell beteiligt. Dabei gaben jedoch in keiner der einzelnen Gruppierungskategorien mehr als 1-2% der Befragten an, auch aktiv mitzuarbeiten (vgl. Gaiser/de Rijke 2010: 46). Zugleich zeigte sich im Längsschnitt von 2003 und 2007, dass lediglich ein vergleichsweise geringer Teil der im Zuge des Panels Befragten in beiden Jahren auf diese Weise aktiv war (vgl. Gaiser et al 2010: 69).²¹ Hinsichtlich der Bereitschaft zur Nutzung punktueller politischer Beteiligungsformen zeigten sich z.B. von den Befragten 80% grundsätzlich zur Teilnahme an einer Unterschriftensammlung bereit, wobei 60% angaben, dies auch schon mindestens einmal getan zu haben. 60% erklärten ihre Bereitschaft zur Teilnahme an einer (genehmigten) Demonstration und 32% hatten bereits an einer solchen teilgenommen. Schließlich konnten sich 46% der Befragten grundsätzlich eine Beteiligung an öffentlichen Diskussionen vorstellen, wobei 23% angaben, dies auch bereits einmal getan zu haben (vgl. Gaiser/de Rijke 2010: 50ff). Insofern ist bei Jugendlichen bzw. jungen Menschen ein Trend hin zu punktuellen bzw. zeitlich begrenzten Beteiligungsformen zu beobachten (vgl. Gaiser et al 2010: 70). Die Bereitschaft sich längerfristig bzw. verbindlicher zu organisieren ist demgegenüber zunehmend schwächer ausgeprägt (vgl. auch Schneekloth 2010: 151).

Gemäß den Ergebnissen der letzten Shell-Studien haben diese gegenüber Parteien ein eher distanziertes Verhältnis entwickelt (vgl. Schneekloth 2002: 105; 2006: 115; Hurrelmann et al 2002: 44). In dieser Hinsicht unterscheiden Jugendliche sich allerdings nicht wesentlich von anderen Altersgruppen. Die grundsätzliche Zustimmung zu Demokratie als Staatsform hat in der Gruppe der Jugendlichen im Zeitverlauf deutlich zugenommen hat (vgl. Schneekloth 2006: 113f; 2010: 136f). Dieser Quelle zufolge hat auch das politische Interesse von Jugendlichen seit Beginn der 1990er Jahre nachgelassen (vgl. Schneekloth 2002: 92ff; 2006: 105f; 2010: 130f; Hurrelmann et al 2006: 45).²² Bezeichneten sich 1984 noch 55% und 1991 57% als politisch interessiert, fiel diese Zahl kontinuierlich bis zu einem bisherigen Tiefpunkt von 34% im Jahr 2002. Seitdem ist dieser Wert wieder leicht auf 39% im Jahre 2006 angestiegen und stagniert seitdem auf diesem Niveau (2010: 40%). Mit

21 Demnach waren 7,2% aller 2007 Befragten sowohl 2003 als auch 2007 im Rahmen mindestens einer der genannten Gruppen aktiv, 16,2% waren es nur 2003, 11,5% nur in 2007, 65,1% waren in beiden Jahren nicht in einer der genannten Gruppen aktiv (vgl. Gaiser et al 2010: 69).

22 Berechnungen von Kroh auf Basis des SOEP zufolge blieb demgegenüber das politische Interesse der 16-24-Jährigen im Zeitverlauf zwischen 1985 und 2003 relativ stabil, es lag aber gleichzeitig stets niedriger als bei Erwachsenen (vgl. Kroh 2006: 189ff). Auch gilt es zu bedenken, dass die Shell-Studie keine graduell differenzierten Werte zum politischen Interesse angibt, wie bei anderen Studien und Surveys üblich. Entsprechend fallen die Ergebnisse hier deutlich höher aus als anderswo. Vergleicht man diese mit den Ergebnissen des DJI-Jugendsurvey so gaben im Jahr 2003 lediglich 20% der Befragten an, dass sie ein starkes bzw. sehr stark ausgeprägtes Interesse für Politik besitzen (vgl. Gaiser/De Rijke 2006: 255).

Blick auf die Ergebnisse des DJI- Jugendsurveys 2003 kann festgehalten werden, dass politisches Interesse mit zunehmendem Alter ansteigt (vgl. Hoffman-Lange/de Rijke 2010: 78f; auch Westle 2006: 211).

Auch unter den Jugendlichen spielen Indikatoren sozialer Ungleichheit eine große Rolle in Bezug auf politische Aktivität. Somit lässt sich beim politischen Interesse auch hier eine Diskrepanz zwischen den Geschlechtern feststellen (vgl. Kroh 2006: 193; Westle 2006: 213). Der 15. Shell-Studie zufolge bekunden 40% der männlichen aber nur 30% der weiblichen Jugendlichen bekunden politisches Interesse, wobei diese Kluft sich tendenziell angleicht. Auch lässt sich der Einfluss des Indikators Bildung aufzeigen. Als politisch interessiert bezeichnen sich in erster Linie Studierende (66%) oder Jugendliche mit (angestrebten oder bereits erreichten) Abitur (50%), wohingegen Jugendliche mit Hauptschulabschluss (18%) oder mittlerer Reife (28%) dies deutlich weniger häufig tun und überwiegend angeben, politisch wenig oder gar nicht interessiert zu sein (vgl. Schneekloth 2006: 105). Auch die politische Aktivitätsbereitschaft steigt mit dem Bildungsgrad an (vgl. ebd. 150f). Ähnlich wie die Shell-Studie zeigen auch die Daten des DJI-Jugendsurvey 2003, dass mit dem Bildungsgrad sowohl das politische Interesse (vgl. Gaiser/de Rijke 2006: 255f; Hoffman-Lange/de Rijke 2010: 79f) als auch allgemein die Mitgliedschaft in Organisationen und Verbänden ansteigt (vgl. Gaiser/de Rijke 2010: 43; auch Niedermayer 2006: 277).

Auffällig erscheint an dieser Stelle, dass in der Jugendforschung im Hinblick auf soziale Ungleichheit vor allem der Indikator Bildung in den Mittelpunkt gerückt und gerade für Jugendliche als äußerst zentral erachtet wird,²³ wohingegen der Indikator (Haushalts)Einkommen in vielen Publikationen und Studien kaum eine größere Rolle spielt. Dennoch finden sich vereinzelte Verweise darauf, dass auch im Falle von Jugendlichen der gesamte sozioökonomische Status (vgl. Kroh 2006: 193; Verba et al 1995) und damit auch Einkommensungleichheit (bzw. relative Armut) Auswirkungen auf politisches Beteiligungsverhalten nimmt (vgl. Babic 2010: 214; Tully/Krug 2010: 98). Darüber hinaus enthält die 16. Shell-Studie auch schichtbezogene Angaben, zu deren Erfassung auch ökonomische Indikatoren miteinbezogen wurden.²⁴ Während Jugendliche aus der Unterschicht mit nur 16% und aus der unteren Mittelschicht mit 26% ein politisches Interesse bekunden, fällt dies in der oberen Mittelschicht mit 48% und der Oberschicht mit 51% deutlich höher aus. Insofern lässt sich der leichte Wiederanstieg des politischen Interesses während der letzten Jahre unter Jugendlichen auch vorwiegend auf Angehörige der Mittel- und Oberschicht zurückführen, wohingegen das politische Interesse von Jugendlichen

23 Vgl. u.a. Düx et al (2008: 35); Hurrelmann et al (2002; 2006) sowie Gaiser/de Rijke (2006; 2010).

24 Der Schicht-Index der 16. Shell-Studie setzt sich demnach aus dem höchsten Bildungsabschluss des Vaters, der Zufriedenheit mit der finanziellen Situation, der Wohnsituation der Eltern und den Büchern im Elternhaushalt zusammen (Albert et al 2010: 400f).

Entbürgerlichung durch Adressierung?

Eine Analyse des Verhältnisses Sozialer Arbeit zu den
Voraussetzungen politischen Handelns

Wagner, Th.

2013, XIV, 352 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-00272-5